

DIE UNABDINGBAREN GRUNDLAGEN DER LOHNPOLITIK

Unter der obigen Überschrift brachte die Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ in der Nr. 13 vom 1. Juli 1950 einen Auszug aus dem neuesten Werk von Prof. Adolf Weber „Hauptfragen der Wirtschaftspolitik“, der sich mit den Problemen der Lohnpolitik beschäftigt. Bei aller Achtung vor der Autorität eines Adolf Weber können diese Ausführungen doch nicht unwidersprochen bleiben. Der wesentliche Inhalt dieses Artikels läßt sich in folgenden Grundthesen zusammenfassen:

Es hat sich als Irrtum und Unmöglichkeit erwiesen, den Lohnanteil auf Kosten des Kapitalanteils zu steigern, vollends in einer Volkswirtschaft, die so an Kapitalmangel leidet wie derzeit die deutsche. Die Möglichkeiten einer gesteigerten Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse sind um so größer und gesicherter, je mehr Kapital in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden kann. Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne ist ein stets sich erneuernder Strom von Gütern. Aus diesem Wesen des Kapitals ergibt sich, daß die Bedingung für die Aktivierung der Kapitalpotenz nie und nimmer der Konsum ist, sondern die genügende Neuzufuhr von Kapital. Wer sich diesen Begriff und die Bedeutung des Kapitals klargemacht hat, muß zur Ablehnung der Kaufkrafttheorie kommen. Für die Fortentwicklung der Volkswirtschaft ist nicht entscheidend, was vom Konsumenten her als größere Nachfrage vorübergehend hervorgerufen wird, es kommt vielmehr darauf an, daß von der Produktion her auch bei gleichbleibendem Nominaleinkommen der Konsumenten durch Preissenkung eine größere Nachfrage dauernd ermöglicht wird. Eine Erhöhung der Nominallöhne wirkt sich in der Regel als eine Verminderung der Kapitalbildung zugunsten eines erhöhten Güterverbrauchs aus und gefährdet insofern den Produktionsfortschritt. Erfolgt eine Erhöhung der Löhne auf Kosten der Kapitalbildung, so liegt eine Überhöhung der Löhne vor. Das äußere Zeichen hierfür ist chronische Arbeitslosigkeit.

Soweit die Ausführungen des „Arbeitgebers“ bzw. Adolf Webers.

Kein ernsthafter Volkswirtschaftler wird bestreiten, daß in diesen Thesen zweifellos ökonomische und sozialpolitische Grunderkenntnisse und Wahrheiten enthalten sind. Auch der Sozialpolitiker wird anerkennen, daß es zwei unabdingbare Größen gibt, die die Lohnhöhe bestimmen: Einmal der Umfang des Gesamtsozialprodukts überhaupt und zum anderen das volkswirtschaftlich richtige Verhältnis zwischen Verbrauch und Kapitalbildung. Auch die naive Form der Kaufkrafttheorie, die annimmt, daß durch einfache Nominalloohnerhöhung auf dem Wege zusätzlicher Geldschöpfung die reale Kaufkraft ohne reale Gütervermehrung erhöht werden könne, wird von ernsthaften Lohnpolitikern kaum mehr vertreten. Ebenso richtig ist die Feststellung, daß man die Armen nicht einfach dadurch reich machen kann, indem man die Reichen ärmer macht. Was an den Ausführungen dieses Aufsatzes aber zu beanstanden ist, das ist die einseitige Betrachtungsweise, die von der Unterstellung ausgeht, als ob das Verhältnis zwischen Verbrauch, und Kapitalbildung immer nur von der Seite des Verbrauchs, also der Löhne, gestört werden könne.

Das Lohnproblem spielt sich im Grunde genommen auf drei verschiedenen Ebenen ab:

1. Der Lohn als Einkommensproblem des Arbeitnehmers. Er ist Gegenstand der Lohnverhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
2. Der Lohn als Preis- und Produktionskostentaktor. Er ist Gegenstand der Kalkulations- und Rentabilitätsberechnung des Unternehmers.

3. Der Lohn schließlich als Konjunkturfaktor, der sich ausdrückt in dem Problem: volle Beschäftigung für den Arbeitnehmer und volle Kapazitätsausnutzung, d. h. voller Absatz für den Unternehmer.

Erst auf dieser dritten Ebene wirkt sich die eigenartige Doppelnatur des Faktors Lohn aus, die Tatsache nämlich, daß das Verhältnis zwischen Lohn und Preis kein einseitiges Kausalverhältnis ist, sondern daß der Lohn Ursache und Wirkung in sich zugleich ist. Es ist mit diesem Konjunkturproblem genau wie in der kaufmännischen doppelten Buchführung; jedem Aktivposten steht der gleich hohe Passivposten gegenüber, d. h. der Lohn ist in der Marktwirtschaft die einzige Form von marktmäßiger, d. h. kaufkräftiger Nachfrage. Hier auf dieser dritten Ebene beginnt die Bedeutung der richtig verstandenen Kaufkrafttheorie, die im Grunde genommen nichts anderes besagen will als folgendes: Die Kaufkraft, d. h. der Anteil des Verbrauchs (= Lohn) am Gesamtsozialprodukt muß immer so groß sein, daß die Gesamtmenge an hergestellten Verbrauchsgütern abgesetzt werden kann. Auf die Kapitalbildung übertragen heißt das: Die Kapitalbildung, d. h. die Investitionstätigkeit, darf sinnvoll nur so groß sein, daß der auf Grund der erweiterten Produktionskapazität vermehrte Güterstrom auch auf die entsprechend vermehrte kaufkräftige Nachfrage stößt. Andernfalls tritt Überproduktion, d. h. Absatzmangel, mit all ihren schädlichen wirtschaftlichen und sozialen Folgen ein.

Wie ist nun die heutige Situation? Liegt wirklich ungenügende Kapitalbildung bzw. eine Überhöhung der Löhne auf Kosten einer notwendigen Kapitalbildung vor? Echter Kapitalmangel im volkswirtschaftlichen Sinne bei tatsächlich überhöhtem Verbrauch ist gleichbedeutend mit ungenügender Produktion gegenüber steigender Nachfrage. Das Merkmal einer solchen Situation müßte also Warenmangel bei steigenden Preisen sein. In Wirklichkeit liegt heute aber gerade das Gegenteil vor, nämlich ein Überangebot an Waren, ein Absatzmangel, der zu erheblichen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen geführt hat. Seit der Währungsreform sind etwa 4 bis 6 Milliarden D-Mark in der deutschen Wirtschaft neu investiert worden. Ein ebenfalls in die Milliarden gehender Betrag an sogenannten eingefrorenen Krediten ist das Ergebnis dieser Investitionstätigkeit. Bei dieser Situation kann man wohl kaum von einem Kapitalmangel als Folge eines überhöhten Verbrauchs sprechen. Tatsache ist vielmehr, daß das Verhältnis zwischen Verbrauch und Kapitalbildung durch eine zu starke und mit falschen Mitteln durchgeführte Investitionspolitik gestört ist.

Volkswirtschaftlich richtige Kapitalbildung erfolgt auf dem Weg über den Sparprozeß. Sparen bedeutet volkswirtschaftlich, Konsumverzicht in der Gegenwart zugunsten erhöhten Konsums in der Zukunft. Dadurch allein steht der in der Zukunft erweiterten Produktion auch die zum reibungslosen Ablauf des wirtschaftlichen Kreislaufs notwendige höhere Kaufkraft gegenüber.

Bei uns ist aber die Investitionspolitik, d. h. die Kapitalbildung nach der Währungsreform, nicht auf diesem Wege über das Sparen, sondern in der Form von Preiserhöhungen erfolgt. Diese zum Teil stark überhöhten Preiserhöhungen stellten volkswirtschaftlich aber nicht mehr eine Konsumzurückstellung, sondern Kaufkraftabschöpfung, d. h. Konsumvernichtung, dar. Dasselbe ist auch auf dem Gebiete des Lastenausgleichs vor sich gegangen. Dieser Lastenausgleich war ursprünglich als eine Neuverteilung der Besitzverhältnisse gedacht. Tatsächlich ist der Lastenausgleich in seiner heutigen Form aber lediglich eine Sonderbesteuerung des Besitzertrags, die über die Preise auf den Konsumenten abgewälzt

wird und im Endeffekt ebenfalls Kaufkraftabschöpfung bedeutet. Dieses Mißverhältnis zwischen steigender Kapitalbildung, Produktionserweiterung einerseits und sinkender Kaufkraft andererseits ist die tatsächliche Ursache unserer heutigen Krise, die sich in vollen Läden und Lägern und mangelndem Absatz mit den Folgen von Betriebseinschränkungen und Arbeitslosigkeit ausdrückt. In den Köpfen so vieler Volkswirtschaftler spukt immer noch der Aberglaube an die Wunderwirkung der Kapital- und Investitionserweiterung schlechthin. Man sollte doch endlich einmal erkennen, daß auch der wirtschaftliche Wert jeder Erweiterung der Produktionsgüterindustrie letzten Endes bestimmt wird durch den Verbrauch der mittels dieser Produktionsgüter hergestellten Verbrauchsgüter. Nicht Investitionserweiterung als solche ist der Schlüssel zur Lösung des Konjunkturproblems, sondern die Sicherung einer konform zur Produktionserweiterung gehenden Kaufkraftsteigerung. Es ist interessant, daß auf der diesjährigen Kasseler Tagung der Ingenieure und Techniker ganz offen von der Gefahr der Überproduktion gesprochen worden ist. Es ist ebenfalls interessant, daß in der gleichen Nummer des „Arbeitgeber“, in der die Ausführungen über die Lohnpolitik enthalten sind, ein Auszug aus der „Ansprache an junge Unternehmer“ von Joser Winschuh, veröffentlicht wird, in der es heißt: „Es tritt das dringende Problem auf, wie man der wiederbeginnenden industriellen Überproduktion Herr wird. Meine Generation erlebt jetzt die Wiederkehr des gleichen, nämlich wie in kürzester Zeit eine Krise des Mangels in eine solche des Überflusses umkippt ... Das bedeutet aber, daß mehr Kaufkraft und Investitionsbedarf geschaffen werden muß und zwar viel energischer und bewußter als früher. Das bedeutet ferner, daß eine breite Hebung des Lebensstandards der Massen nicht nur die Folge, sondern auch die Voraussetzung einer krisenfreien Wirtschaft von der Produktion bis zum Handel, vom Verkehr bis zu den übrigen wirtschaftlichen Diensten ist.“

Hier ist endlich einmal der wirkliche Zusammenhang der Probleme richtig erkannt. Der Wirtschaftsprozeß der menschlichen Gesellschaft ist ja keine Erscheinung, die unabhängig vom Menschen und neben diesem abläuft, sondern er ist eine der wesentlichen Funktionen des menschlichen Lebens überhaupt. Der Mensch produziert und wirtschaftet für sich selbst. Er stellt im Haushalt der Volkswirtschaft Unkosten und Einnahmen in einer Person zugleich dar. Ausdruck dafür ist diese Doppelnatur des Lohnes: Die Bilanz zwischen Verbrauch = Kaufkraft und Kapitalbildung = Produktion muß aufgehen. Bleibt ein Saldo auf der einen oder anderen Seite, so ist der wirtschaftliche Kreislauf gestört. Gewiß kann diese Störung auf Kosten der Kapitalbildung = Produktion durch erhöhten Verbrauch = überhöhte Löhne erfolgen. Die Geschichte der wirtschaftlichen Krisen beweist aber, daß tatsächlich meist das Umgekehrte der Fall ist, daß nämlich Kapital- und Produktionsausweitung um den Preis einer übertriebenen Kaufkraftdrosselung erfolgt. Auch in unserer heutigen wirtschaftlichen Situation deuten alle objektiven Merkmale dahin, daß in Wirklichkeit kein echter zusätzlicher Kapitalbedarf, sondern ein Mangel an Kaufkraft die wahre Ursache unserer Krise ist. Wenn Adolf Weber meint, daß steigender Güterstrom auch bei gleichbleibendem Nominaleinkommen durch Preissenkung eine Steigerung der realen Kaufkraft bewirke, so übersieht auch er, daß nicht die Produktionssteigerung als solche die Preissenkung erwirkt, sondern allein die Absatzweigerung. Die vermehrte Produktion nützt dem Unternehmer garnichts, wenn er diese nicht auch absetzen kann, im Gegenteil: die nicht absetzbare Ware füllt seine Läger, legt seine Betriebsmittel fest und verschlechtert seine Liquidität. Umsatzsteigerung senkt die Preise; Umsatz heißt aber nicht Erzeugung, sondern

Absatz, Verkauf! Dieser aber geht zurück wegen der sinkenden Kaufkraft. Deshalb stehen heute Käufer mit unbefriedigtem Bedarf vor vollen Läden. Sie können nicht kaufen und der Händler kann nicht verkaufen.

Zu den unabdingbaren Grundlagen der Lohnpolitik sollte deshalb endlich auch die Erkenntnis gehören, daß Investitionssteigerung, d. h. Produktionssteigerung, nur sinnvoll ist, wenn sie Hand in Hand mit einer entsprechenden Kaufkraft = Verbrauchssteigerung geht, daß aber Produktionsausweitung, d. h. Kapitalerweiterung um ihrer selbst willen dann sinnlos und schädlich ist, wenn sie um den Preis einer Kaufkraftdrosselung erfolgt. So gewiß man die Armen nicht reicher machen kann, indem man die Reichen ärmer macht, so sicher kann man aber auch die Reichen nicht noch reicher machen, indem man die Armen noch armer macht!